Das jungliberale Magazin für Baden-Württemberg | Ausgabe 01/2018

Juliette

Junge Liberale in die kommunalen Parlamente!

Denn Demokratie beginnt vor Ort

Friedrich Naumann STIFTUNG FÜR DIE FREIHEIT

Impressum

Chefredaktion, Gestaltung und Satz
Jan Olsson

Verantwortlich i.S.d.P.
Marvin Ruder

Herausgeber
Marvin Ruder
Junge Liberale Baden-Württemberg e.V.
Rosensteinstraße 22
70191 Stuttgart

Druck
DIVYANAND Verlags-GmbH, Herrischried

Auflage und Bezug
1.500 Stück im Vertrieb kostenfrei an die Mitglieder der Jungen Liberalen Baden-Württemberg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Verbandes oder der Redaktion wieder. Druckfehler und Irrtümer vorbehalten. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt zugesandtes Material.

IMPULSE

Kommunalpolitik kann man gar nicht überbewerten 4
Florian Bauer über seine Erfahrungen als Bürgermeister

Politik wird konkret! 5
Felix Feist darüber, wie ihn die Kommunalpolitik als Fußballfan tangiert

Face-off 6
Wahlrecht ab 16 — Top oder Flop?

Gerechtigkeit?! 8
Carlo Montrasio über kommunale Wohnbaupolitik

Bürgermeister im Musterländle 9
Florian Glock ist frisch gewähler JuLi-Bürgermeister!

Erstmal ganz unten anfangen 10
Carolin Holzmüller über die gute Schule der Kommunalpolitik

Kreisrat nur was für Opa?! 11
Rupert Metzler ruft auf zu kommunalem Engagement!

IMPRESSIONEN

Unsere Landesarbeitskreise im Überblick 12
Eine Kurzvorstellung.

In Vielfalt geeint 14
Schminken und Singen bei der JuLi-Kundgebung vor der Staatsoper

Einladung zum 73. Landeskongress 16

Liebe JuLis!

Demokratie bleibt nur dann lebendig, wenn sie lokal verankert und im Alltag der Menschen sichtbar ist. Meine Wahrnehmung ist jedoch, dass gerade junge Menschen, auch viele JuLis, derartig kosmopolitisch unterwegs sind, dass Kommunalpolitik ihnen als primitiv erscheint.

Internationale Konflikte und die große Berliner Bühne – das klingt schon deutlich sexier als die Frage nach der Höhe der Bußgelder für Falschparker in der Gemeinde Quackenbrück (nur ein Beispiel). Durchaus verständlich; sind doch die meisten, die dieses Heft in ihrer Hand halten, geographisch mobil und werden wohl kaum den Rest ihres Lebens im selben Dorf verbringen, in dem bereits ihre Großeltern zur Schule gegangen sind.

Dennoch: Auf keiner anderen Ebene ist Politik so konkret, auf keiner anderen Ebene trifft sie uns so unmittelbar. Deshalb soll in diesem Heft eine Lanze gebrochen werden für die Kommunalpolitik! Wenn euch etwas vor Ort nicht passt, dann nicht gleich auf die Merkel schimpfen, sondern erinnert euch des Subsidiaritätsprinzips. Bringt euch vor Ort ein! In diesem Sinne wünsche ich eine gute Lektüre

Jan Olsson ist Beisitzer im Landesvorstand der JuLis Baden-Württemberg und Chefredakteur der Juliette

Kommunalpolitik ist mehr als die Standortfrage für Blumenkübel

Ein früherer Weggefährte zu meinen aktiven Zeiten bei den JuLis sagte einmal sinngemäß, Kommunalpolitik interessiere ihn nicht, es sei ihm völlig egal, ob der Blumenkübel links oder rechts von der Rathaustüre stehe. Derselbe Mann war später erfolgreicher Bürgermeister von Christian Lindners Heimatstadt Wermelskirchen.

Wie sich Blickwinkel verändern können. Mir geht es da ähnlich. Für mich ist Kommunalpolitik mehr als die Frage, wo welche Blumenkübel stehen, oder wie die Fassade einer Schule gestrichen oder welche Form die Straßenlaternen in welchem Baugebiet haben.

Kommunalpolitik ist das Konzentrat allen politischen Handelns. Egal, wo welche politische Entscheidung getroffen wird – sie hat ganz konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen in den Städten und Gemeinden.

Drei konkrete und aktuelle Beispiele:

Bildung. Die Städte, Gemeinden und Landkreise sind zum Beispiel Träger der meisten öffentlichen Schulen, also für die Finanzierung der Schulbauten und der Ausstattung zuständig. Eine Aufhebung des Kooperationsverbotes würde uns also maximal helfen und direkt betreffen.

Digitalisierung. Für uns heißt ganz praktisch: Wie können wir die Verlegung von Glasfaserkabeln am besten realisieren? Eine riesige Aufgabe.

Familiennachzug. Wir kümmern uns konkret darum, wo und wie die Menschen, die zu uns kommen, untergebracht werden. Aber nicht nur das: Unzählige Ehrenamtliche kümmern sich darum, dass die Flüchtlinge gut in unsere Gesellschaft integriert werden und leisten dabei herausragende Arbeit. Trotzdem ist es so, dass unsere Möglichkeiten begrenzt sind, sowohl finanziell, als auch organisatorisch und was die Integrationsbemühungen angeht. Dabei reden wir nicht nur von Wohnraum und Sprachkursen, sondern auch von Plätzen in Kitas und Schulen. Das ist nicht nur schwierig für die großen Städte, sondern gerade auch für die kleineren Gemeinden im ländlichen Raum.

Insgesamt ist Kommunalpolitik auch deshalb ungeheuer reizvoll, weil man sehr nahe an den Menschen ist. Das gilt noch mehr für kleinere Gemeinden, etwa wie St. Johann mit etwas über 5.100 Einwohnern. Man bekommt sehr schnell Rückmeldung von den Bürgerinnen und Bürgern, ob man in einer Sache richtig unterwegs ist – oder nicht. Das kann unheimlich anstrengend sein. Man kann aber auch mit kleinen Maßnahmen erfreuliche Dinge bewirken und konkret helfen.

Ich kann nur allen empfehlen: Bewerbt euch im kommenden Jahr um ein Mandat im Kreis-, Stadt- oder Gemeinderat, wo ihr wohnt, lebt oder herkommt. Das ist die politische Schule des Lebens.

Florian Bauer ist Bürgermeister der Gemeinde St. Johann auf der Alb und Mitglied der FDP Baden-Württemberg

Politik wird konkret! Wie die Kommunalpolitik mich als Fußballfan tangiert

Für die einen ist es eine Herzensangelegenheit, für die anderen ist es ein weiteres Millionengrab. Der Neubau des Stadions des Fußballdrittligisten Karlsruher SC polarisiert die Stadt wie kaum ein anderes Thema. Es geht um den Abriss eines Großteils des überwiegend sehr alten Stadions mit anschließendem Bau neuer Tribünen an gleicher Stelle sowie weitere Infrastrukturmaßnahmen rund um das Stadionareal, wie Trainings- oder Parkplätze. Im Gemeinderat der Stadt wurde das Thema schon mehrere Male über viele Jahre diskutiert und bis jetzt hat sich wenig getan. Immerhin: Im Laufe des letzten Jahres kam es zum Beschluss, das Stadion nach jetzigem Plan neu zu bauen.

Der größte Kritikpunkt bei dem Bauvorhaben sind wohl die Kosten für das Großprojekt, die auf etwa 113 Millionen Euro angelegt sind, bezahlt vom Land, der Stadt und dem Verein. Für viele Bürger ist es nicht nachvollziehbar, dass für einen in ihren Augen schlechten Fußballverein so viel Geld ausgegeben wird. Doch viele Karlsruher sehen die dringende Notwendigkeit, das alte Stadion endlich zu erneuern.

Ich denke, es geht, wie so oft in der Kommunalpolitik, bei diesem Thema mehr als nur um die Kostenfrage. Auch wenn die Stadt mit dem Bau einer U-Bahn bereits belastet ist, ist es dennoch durch eine langjährige Investition wichtig, der Sportkultur der Region einen Raum zu geben und damit Karlsruhe und Umgebung attraktiver zu machen. Wie schnell sich die fußballerische Entwicklung ändern kann, sieht man an dem Fakt, dass der KSC 2015 nur knapp den Aufstieg in die erste Liga verpasst hat. Es geht vielmehr um ein Gefühl der Heimat, der Verbundenheit zum Badischen und zum Fußball, das die Stadt und ihre Mitbewohner zusammenhält und auch wenn die meisten Karlsruher (leider) keine KSC-Fans sind, so ist ihnen der mitgliederstarke Verein und seine weitere Existenz wichtig. Es geht um die Karlsruher, die sich immerfort jede zweite Woche zu Tausenden im Stadion treffen, um mit Freunden den Verein zu sehen, mit dem sie aufgewachsen sind.

Wieso dann nicht die Bürger abstimmen lassen? Prinzipiell halte ich Bürgerbegehren auf Kommunalebene für ein sinnvolles Mittel, um eine umstrittene Entscheidung demokratisch zu legitimieren. Im Falle des Stadionneubaus ist die Situation aber weitaus komplexer als eine „Ja/Nein-Frage“, denn etliche Instanzen sind involviert, es geht um ein weitreichendes und verflochtenes Bauvorhaben, bis vor kurzem stand das ganze Projekt noch vor dem Scheitern und konkrete Fakten waren noch nicht geschaffen.

Das Stadion in seiner jetzigen Verfassung stellt von Saison zu Saison ein immer größeres Sicherheitsrisiko dar (z.B. die sehr alten Tribünen beim Fanblock) und sollte der Umfang des Projekts reduziert werden, würde der Karlsruher SC bei einem Aufstieg in die 2. Bundesliga womöglich keine Lizenz erhalten. Alle Akteure des Vereins – vom Vorstand bis zu den Ultras - stehen hinter dem Projekt. Zudem sieht man beispielsweise an Vereinen wie RB Leipzig, dass sich Investitionen in die Nachwuchsarbeit lohnen und dass das Projekt „neues Wildparkstadion“ eine langfristige und notwendige Maßnahme ist.

Felix Feist ist stellvertretender Vorsitzender der JuLis Karlsruhe

Wahlrecht ab 16 – Top oder Flop?

Top: Die Jugend muss ausreichend repräsentiert sein! Verleihen wir unserem Parlament mehr Legitimität und verhindern wir Unsinnsprojekte wie Mütterrente und Brexit.

Tician Boschert ist stellv. Vorsitzender der JuLis BW für Organisation

Das Wahlrecht ab 18 ist überholt. Wir dürfen nicht verschlafen, der Jugend eine starke Stimme zu geben.

Der 18. Geburtstag, er ändert alles. Man wird volljährig, darf alleine Auto fahren, darf harten Alkohol kaufen und endlich auch wählen. Doch bringt er Reife und politisches Interesse, oder ist er einfach eine veraltete und künstliche Grenze für das Wahlrecht? Von der Politik wird im Optimalfall jeder Bürger berücksichtigt. Dennoch kommt es vor, dass manche Wählergruppen besser repräsentiert werden als andere. Das ist ein Grund dafür, warum es so wichtig ist, dass beispielsweise wir, als Junge Liberale, für unsere Inhalte in der „alten" FDP kämpfen. Denn wer von seiner Stimme nicht Gebrauch macht, der wird in der Politik auch nicht gehört. Wenn die Gesellschaft durch den demografischen Wandel immer älter wird, verlagern sich auch die Interessen in die Richtung der Älteren. Dem muss entgegengewirkt werden! Es ist verdammt unfair, dass wegen solcher Umstände beispielsweise in Großbritannien die ältere Generation für das Verlassen der EU stimmt, während die Jüngeren eher in der EU bleiben möchten.

Ebenso ungerecht ist es, dass in Deutschland auf Kosten der jungen Generation Wahlgeschenke wie die Mütterrente verteilt werden. Wäre die Jugend in solchen Fragen schon wirklich politisch relevant, würde auf solche Geschenke verzichtet werden. Mit dem Wahlrecht ab 16 würde auch das Interesse der Jugend mehr in den öffentlichen Fokus rücken. Denn fähig zum Wählen ist die Jugend. Eine Bertelsmann-Studie zum Wahlrecht ab 16 kam zu dem Schluss, dass eine Herabsetzung des Wahlalters zwar von Maßnahmen wie Schulunterricht begleitet werden sollte, dann aber auch zu einer erhöhten Erstwählerbeteiligung führt, welche langfristig die gesamte Wahlbeteiligung deutlich steigert.

Anhand von Bremen, Brandenburg, Hamburg und Österreich sehen wir, dass dieses Konzept funktionieren kann. Eine Herabsetzung fördert so auch die politische Willensbildung, denn wer die Wahl hat, der muss sich entscheiden. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Jugend sich für Politik interessiert und durch Begleitmaßnahmen aktivierbar ist. Die Herabsetzung des Wahlalters wäre ein Ende für den Teufelskreis von „nicht gehört werden" zu „keinen Einfluss haben" und sich schlussendlich weniger für Politik zu interessieren. Doch selbst wenn sich die Ergebnisse der Studie in der Realität nicht bewahrheiten sollten und die Wahlbeteiligung durch diese Maßnahme nicht steigt, würde es unserer Demokratie dennoch mehr Legitimität verleihen, ein Wahlrecht ab 16 einzuführen. Denn relevant ist nicht nur der Anteil an Personen, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen, sondern auch der Anteil in der Bevölkerung, dem ich ein Wahlrecht zuspreche. Auch sollten diejenigen, die unser Sozialsystem mitfinanzieren, die Möglichkeit bekommen mitzuentscheiden. Nicht selten beginnen Jugendliche bereits mit 16 eine Ausbildung und zahlen somit auch Steuern. Wir sollten darauf schauen, möglichst alle möglichst früh in unser demokratisches System mit einzubinden. Die Parlamente sollen das Volk repräsentieren, und zwar das ganze Volk. Das Wahlrecht ab 16 wäre ein Schritt in die richtige Richtung, um unsere Demokratie noch fairer zu gestalten.

Flop: Rechte gehen mit Pflichten einher. Deshalb sollte das Wahlrecht Jugendlichen unter 18 noch nicht zuteil werden.

Steffen Seitter ist ehemaliger Landesprogrammatiker der JuLis BW

Mit großer Wahl kommt große Verantwortung Ein Mal wählen bitte, mit Pommes. So einfach ist das. Wählen geht schnell. Wählen ist unkompliziert. Wählen ist fast wie Fast Food.

Wirklich? Natürlich nicht. Wählen ist im Idealfall ein langer Prozess. Erst am Ende dieses Prozesses macht man dann irgendwo sein Kreuzchen. Am besten in dem dafür vorgesehenen Kreis, am besten bei der FDP.

Aber das kennen wir ja alle. Halt. Stimmt ja gar nicht. Kennen nur die 18-Jährigen unter uns, die bei der letzten Wahl schon 18 waren. Für alle anderen, das ist wie überall anders, wo man ein Kreuzchen machen muss, nur wichtiger und in einer Kabine. Ach ihr werdet das schon früh genug erleben.

Doch wann ist dieses früh genug? Einige wünschen sich das Wahlrecht mit 16. Ich sage, 18 ist früh genug. Doch warum bin ich der Meinung?

Gut zuerst mal sicher, weil ich schon seit kurzem mindestens 18 Jahre alt bin. Der reinen Logik nach bin ich damit über 16 und daher könnte es mir egal sein. Ist es aber nicht.

Eines vorweg. Es gibt individuell betrachtet kein Mindestalter, das für jeden Menschen passt. Bestes Beispiel dafür ist das Autofahren. Da dürfen Menschen heute schon mit 17 Auto fahren, die wahrscheinlich noch mit 36 zu blöd dafür sind. Wiederum andere könnten es vielleicht schon mit 12. Man denke an Michael Schumacher und Co. Ein solcher Wert grenzt also immer ungerecht ab und trifft nur bei den wenigsten den Zeitpunkt, an dem sie reif genug dafür sind. Daher ist 16 mindestens genau so falsch wie 18.

Alle folgenden Argumente beziehen sich auf das große Ganze und Ausnahmen bestätigen die Regel. Allerdings in beide Richtungen.

Jugendliche sind leichter zu beeinflussen. Ja, ja… ich hab den Aufschrei gehört. Aber mal ehrlich, wer das Rauchen anfängt, sich betrinken für cool hält und seinen Roller tuned, der hat in Sachen Gegenargumente schonmal einen schlechten Start. Wer sich von Justin Bieber und Bibis Beautiquatsch beeinflussen lässt, der ist auch beeinflussbar von extrem links oder rechts. Daher besteht eine Gefahr, dass Jungwähler eher Extreme wählen als ältere Wähler.

Zudem fehlt Jugendlichen die praktische Erfahrung. Wie soll ich bei Steuern, Rente, Arbeitswelt und Co. mir meine Meinung bilden, wenn mich das alles erstmal gar nicht betrifft. Gut, mit Andrea Nahles hatten wir auch eine Arbeitsministerin, die praktisch nie gearbeitet hat, aber ist das jetzt wirklich ein Gegenargument? Mindestlohn… offensichtlich ist das für viele unverständlich, die direkt davon betroffen sind. Und bei Bundestagswahlen geht es eben primär um solche Themen.

Am wichtigsten finde ich jedoch, dass Rechte immer auch mit Pflichten, sprich mit Verantwortung einhergehen sollte. In Deutschland darf ich mit 16 keine Verträge abschließen, nicht heiraten und Schnaps ist auch tabu. Klar, ich muss ja auch die Konsequenzen für mein Handeln nicht in vollem Umfang tragen. Im schlimmsten Fall zieht das Jugendstrafrecht und ich werde aufgrund meines jungen Alters geschont. Das ist eine bewährte Lösung, denn sie schützt Jugendliche. Beim Wählen ist das anders. Daher sollten wir dem Bürgerrecht zu wählen auch alle Bürgerpflichten entgegenstellen. Erst wer bereit dazu ist, alle Rechte und Pflichten mit allen Konsequenzen zu tragen, der sollte auch wählen dürfen.

„Mit jeder Wahl kommt große Verantwortung.“ — Spiderman oder so...

Kommunale Wohnbaupolitik. Haben wir ein Gerechtigkeitsdefizit?

Jeder Mensch braucht ein Zuhause. Doch Deutschlands Metropolregionen leiden unter einem akuten Wohnungsmangel. Mit dem Ethos der rawlsschen Theorie der Gerechtigkeit möchten wir prüfen, ob der faire Zugang zum Grundgut „Boden“ in dieser Gesellschaft trotz der ökonomischen Unterschiede immer noch einem gerechten Ungleichgewicht unterliegen.

Bei der Ursachenfindung ist sich Deutschlands Parteienlandschaft einig: Der Boden selbst ist zu teuer. Die Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zeigt auf, dass die Bodenpreise zur individuellen Bebauung von 2011 bis 2016 um 27 Prozent, in den kreisfreien Großstädten gar um astronomische 42 Prozent gestiegen sind. Der Bruttolohn des deutschen Arbeitnehmers stieg zeitgleich um 10,8 Prozent an (Statista). Wie viel Fantasie benötigt man, um zu erkennen, dass der Endverbraucher nach Entwicklung und Umsetzung von Immobilienprojekten ordentlich draufzahlen muss? Klartext: Eine zentrumsnahe, gewöhnliche Eigentumswohnung in Köln oder Frankfurt kostet aktuell im Schnitt 4.200 € / m^2. Für den Industriemechaniker und die Einzelhandelskauffrau unbezahlbar. Die Folge ist eine zunehmende Zersetzung der Städte, der Begriff vom Wohlstandsghetto wird mancherorts vom schlechten Witz zur bitteren Realität.

Damit der Wohnungsmarkt sich entspannt, fordern die Freien Demokraten u.a. die Zweckbindung der Bundesmittel zur Wohnbauförderung, Nachverdichtung vorhandener Quartiere, das Streichen der Grunderwerbsteuer bis 500.000 € und die Ausweisung neuer Baugebiete. Ob diese Heilsalben-Kombination alleine in Anbetracht der Wachstumsprognose und der Flüchtlingskrise fairen Zugang zu Wohnen für Menschen in Zukunft wieder gewährleisten kann, das hat erfahrungsgemäß begründete Zweifel.

Deutschland muss die Initiative ergreifen. Einverstanden mit dieser Motivation ist der Leiter des Heidelberger Mietervereins, Christoph Nestor, mit dem ich in einem offenen Gespräch über seine Kritik an „der Markt regelt das“ und meiner Absage an die ideologisch motivierte „Mietpreisbremse“ sprechen durfte. Nestor schildert am Beispiel des hiesigen Stadtteils Bahnstadt jedoch glaubwürdig, was passiert, wenn von der Stadt erworbene Konversionsflächen an „rein renditeorientierte Investoren“ vergeben werden: Die Mietpreise stiegen nochmal an, obwohl selbst geförderte Wohnungen im Angebot stehen. Nestor lobt das Heidelberger Mischmodell der „Mark Twain Village“, das er selbst mitgestaltete. Hier investiert ein Bündnis aus genossenschaftlich organisierten Banken und Wohnungsbauunternehmen sowie der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GGH rund 320 Millionen Euro in Neubau und Sanierung von etwa 1.300 Wohnungen. 70 Prozent davon werden nach dem wohnungspolitischen Konzept der Stadt Heidelberg als preiswerter Wohnraum angeboten, die anderen 30 Prozent auf dem freien Markt.

In Anbetracht der großen Not ist es an der Zeit, dass auch die Jungen Liberalen sich Gedanken darüber machen, ob solche Konzepte im Geiste der Freiburger Thesen nicht etwa aus planwirtschaftlicher Willkür, sondern vielmehr aus einer Natur sozialliberalen Politik heraus verstanden und politisch vertreten werden sollten.

Carlo Montrasio ist Mitglied der JuLis Baden-Württemberg

Bürgermeister im Musterländle

Am 14. Januar 2018 wurde ich mit 57,26 Prozent zum Bürgermeister der Gemeinde Magstadt (Landkreis Böblingen) gewählt. Hinter uns liegt ein neun Wochen dauernder Wahlkampf. Ich schreibe „uns", weil dieser Erfolg nur mit einem Team möglich war. Mein Dank gilt gleichermaßen meinem Wahlkampfteam (u.a. Markus Falk), der FDP Böblingen und den JuLis Böblingen, die mich von Anfang an im Wahlkampf unterstützt haben. Ich freue mich darauf, mein Engagement bei Euch im Musterländle fortzusetzen.

Politik beginnt vor Ort

Erstmals wurde mein politisches Interesse im Leistungskurs Sozialkunde geweckt. Seit nunmehr 16 Jahren engagiere ich mich bei den JuLis und in der FDP. Weil Politik vor Ort beginnt, kandidierte ich 2004 bei einer Gemeinderatswahl und wurde 2009 wiedergewählt. In meiner zehnjährigen Ratsarbeit lernte ich, dass sich die lokale Politik unmittelbar auf die örtlichen Gegebenheiten auswirkt: Sportanlagen, Schulausstattung und kommunale Wirtschaftsförderung, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Teamwork ist der Schlüssel zum Erfolg

Vor Ort lässt sich vieles bewegen. Gerne denke ich an das Jahr 2011 zurück, als ein Musikverein eine Demo mit über 200 Teilnehmern auf die Beine stellte, um den von mir initiierten Antrag zur Kulturförderung zu unterstützen. Das war ein anspornender Erfolg für meine Fraktion. Daraufhin wurde unser Antrag einstimmig vom Gemeinderat beschlossen. Auch hier zeigt sich, dass Teamarbeit der Schlüssel zum Erfolg ist. 2014 habe ich nicht mehr für den Gemeinderat kandidiert, um mehr Zeit für meine Doktorarbeit zu haben.

Köpfe vor Ort

Neben meiner Ratstätigkeit war ich von 2008 bis 2011 Landesvorsitzender der JuLis Rheinland-Pfalz. Dadurch erhielt ich fundierte Einblicke in die regionale und überregionale Politik. Die politischen Ebenen sind miteinander verflochten. Kommunen sind auf Förderprogramme angewiesen, um zum Beispiel ihren Ortskern sanieren zu können. Die Politikverflechtung zeigt, dass die politischen Ebenen miteinander interagieren. Und auch in einer Partei ergänzt sich das Engagement auf den unterschiedlichen Ebenen. Eine Partei sollte auf sämtlichen Ebenen engagiert sein: Die Bürger haben das Bedürfnis, auch Köpfe vor der Haustür mit einer Partei zu verbinden.

Engagiert euch!

Einige meines Wahlkampfteams sind Fans von Baden-Württemberg geworden. Im Wahlkampf war ich immer wieder begeistert, wie engagiert auch ihr JuLis seid. Auch auf euch konnte ich mich stets verlassen. Ich bin zuversichtlich, dass sich aus der Mitte der JuLis ein weiterer Bürgermeisterkandidat entwickelt. Ein erster Schritt ist die Kommunalwahl im Sommer 2019: Nutzt die Chance und kandidiert für euren Gemeinderat. Wir haben viele geeignete Köpfe. Wir können viel bewegen!

Florian Glock ist frisch gewählter Bürgermeister und Mitglied der JuLis

Erstmal ganz unten anfangen...

„Jeder große Politiker sollte eine Legislatur Kommunalpolitik mitmachen müssen, damit er oder sie weiß, was all die Gesetze und Verordnungen bewirken." – Dieser These kann ich einiges abgewinnen, denn wenn du wissen willst, was in Brüssel, Berlin und Stuttgart entschieden wird, dann bekommst du es in der Kommunalpolitik als letztes Glied der Verwaltungsnahrungskette zu spüren, seien es neue Bauverordnungen, gesetzliche Ansprüche auf Kinderbetreuung oder die europäische Norm für Straßenbeleuchtung (DIN EN 13201). Aber genau das macht es so spannend. Du kommst mit allen politischen Themenfeldern direkt in Berührung und kannst Projekte konkret gestalten.

Natürlich braucht es seine Zeit, sich in das ganze Verwaltungsmetier und Kommunalrecht hereinzufinden, aber gerade junge und motivierte Mitglieder können einem Gremium neue Impulse liefern. Auch wenn ich anfangs als „jugendlich frech" abgestempelt wurde, bestätigen mir manche Kollegen mittlerweile durch ihr wohlwollendes Grinsen, dass ich eine neue, konstruktive Sichtweise einbringe. Aktuell bereite ich meine Haushaltsrede vor. Durchaus gibt es schönere Dinge, mit denen ich meine Abende oder Wochenenden verbringen könnte als mit einem dicken Stapel Papier voller Zahlen, aber mir geht es darum, was dahintersteckt. Hier werden Ausgaben und Investitionen sowie Einnahmen und Schulden festgelegt und ich kann dazu beitragen, dass dies nicht nur mit dem Blick auf heute, sondern auch mit dem Blick für die nächsten Jahrzehnte geschieht, eben Generationengerechtigkeit im Kleinen.

Und warum solltest du dir das gerade als junger Mensch antun?

Da denke ich immer an mein Gymnasium mit Wasserflecken an der Decke, undichten Fenstern und Sanitäranlagen, die man nur im äußersten Notfall aufsuchen wollte. Als ich zur Kommunalwahl 2014 dort zur Diskussion eingeladen wurde, teilte mir eine Schülerin freudig mit, dass ja nun eine der sieben über das Schulgebäude verteilten Sanitäranlagen saniert worden war. Damit es nicht pro Toilettensanierung 15 Jahre dauert, braucht es junge Menschen in den kommunalen Gremien, die Anliegen junger Menschen aus deren Lebensumfeld in den Gemeinde-, Stadt- oder Kreisrat tragen. Sonst wird anhand von „Insider-Informationen" älterer Menschen entschieden, was junge Menschen brauchen oder wofür Gelder vergeben werden.

Kommunalpolitik ist ein super Trainingsfeld der Politik. Du bist im direkten Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern, kannst Projekte in deinem Heimatort konkret mitgestalten und lernst die Verbindungen und Strukturen der Politik kennen.

Neugier geweckt? Gerne kannst du mich kontaktieren, wenn du mehr über die Arbeit als Kommunalpolitiker wissen willst.

Carolin Holzmüller ist Gemeinderätin in Weingarten bei Karlsruhe und ehemaliges Landesvorstandsmitglied der JuLis BW

Ortschaftsrat / Gemeinderat / Kreisrat nur was für Opa oder Papa?

Die Kommunalwahl 2019 steht wieder vor der Tür und sicherlich werdet ihr als aktive JuLis von euren „gestandenen FDPlern“ gefragt werden, ob ihr auf einer der vielen Listen für ein kommunales Wahlamt kandidieren wollt. Hoffentlich werdet ihr gefragt, ansonsten geht ihr aktiv auf eure Ortsvorsitzenden oder Kreisvorsitzenden zu, denn

„Gig – Gemeinderat ist geil!“

Vor genau 10 Jahren habe ich mich entschlossen, dem Ortsverband Meersburg beizutreten und habe es dann tatsächlich geschafft, bei der Kommunalwahl 2009 das erste Mandat für die FDP zu erringen! Meine Motivation? Spaß an der Kommunalpolitik! Ihr werdet euch fragen: „Was kann an Wasser, Abwasser, Müll oder Kindergarten spannend sein oder Spaß machen?“ Das ist eigentlich ganz einfach! Weil es einfach JEDEN betrifft! Kommunalpolitik ist deshalb das Spannendste und Abwechslungsreichste, was man aus meiner Sicht als VLK-Landesvorsitzender und Bürgermeister machen kann. Nirgendwo sonst in der Politik bekommt man für seine Tätigkeit mehr direkte Reaktion. Hier meine ich nicht Facebook, Instagram und Twitter – nein, hier meine ich direkt ins Gesicht. Beim Bäcker, im Supermarkt oder auf dem Fußballplatz. Seine Entscheidungen muss und kann man direkt mit dem Wähler diskutieren und muss dafür gerade stehen.

Die wirklich wichtigen Themen einer Gemeinschaft, sei es kleines Dorf, kleine Stadt oder große Kreisstadt werden dort zentral mitentschieden. Welche Art von Kleinkindbetreuung bieten wir an? Welche Schulen, ob und wie neues Bauland erschlossen und zu welchem Preis angeboten werden? Wie wird der ÖPNV strukturiert, wird ein Bürgerbus eingerichtet, wie werden die Gemeindestraßen in Stand gehalten oder wie wird das schnelle Internet in die Dörfer gebracht? Das sind Themen, die jeden betreffen und die auch jeder verstehen kann, der sich damit beschäftigen will. Klar geht es dabei nicht um die großen Themen der politischen Grundsätze oder auch nur ganz selten um parteipolitisches Geplänkel, aber es macht auf jeden Fall viel Spaß. Und ich möchte euch deshalb alle auffordern, euch wirklich Gedanken über eine Kandidatur zu machen. Ein paar Euro Sitzungsgeld kommen auch noch rum und die berühmten „Nachsitzungen“ oder „Gemeinderatsausflüge“ sind auch nicht schlecht!

Ich würde mich als Bürgermeister jedenfalls sehr freuen, wenn ich mehr engagierte junge Leute am Tisch hätte, die sich für die gesamte Kommune einsetzen und nicht nur kommen, wenn der Basketballkorb auf dem Schulhof kaputt ist.

Übrigens kann jeder Ortschaftsrat, Gemeinderat oder Kreisrat werden, der 18 Jahre alt ist. Und jeder, der 25 Jahre alt ist, auch Bürgermeister. Aber das ist wieder eine andere Geschichte…

Rupert Metzler ist Bürgermeister von Hilzingen und Vorsitzender des Verbandes liberaler Kommunalpolitiker

Die Landesarbeitskreise im Überblick!

Melde dich und mach mit!

Wir wollen dich!
Du bist interessiert an programmatischer Arbeit? Du willst deine inhaltlichen Impulse im Verband einbringen? Dann sei Teil eines oder mehrerer unserer Landesarbeitskreise (LAKs)!
Die LAKs beschäftigen sich mit aktuellen politischen Themen und erarbeiten Anträge für die Landeskongresse. Wenn du Lust hast mitzumachen, dann kannst du den LAK-Leitern einfach eine E-Mail schicken.
Hier eine Kurzvorstellung und Übersicht unserer LAKs:

LAK Europa & Außen

Arbeitskreisleiter: Roland Fink (Volkswirt und Leiter eines Abgeordnetenbüros)

Mail: lak-leiter-euaussen@julis-bw.de

LAK Bildung

Arbeitskreisleiterin: Irene Schuster (Gymnasiallehrerin)

Mail: lak-leiter-bildung@julis-bw.de

LAK Agrar & ländlicher Raum

Arbeitskreisleiterin: Carolin Holzmüller (Büroleiterin eines Landtagsabgeordneten, Agrarbetriebswirtin und Winzerin)

Mail: lak-leiter-agrar@julis-bw.de

LAK Gesundheit

Arbeitskreisleiterin: Anna Stahl (Produktmanagerin Umwelttechnik)

Mail: lak-leiter-gesundheit@julis-bw.de

LAK Handwerk & Ausbildung

Arbeitskreisleiter: Pascal Teuke (Student der Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Handwerk)

Mail: lak-leiter-handwerk@julis-bw.de

LAK Integration & Religion

Arbeitskreisleiter: Christian Sutschet (Fertigungsingenieur)

Mail: lak-leiter-integrationreligion@julis-bw.de

LAK Rente & Soziales

Arbeitskreisleiterin: Anja Milde (Studentin der Volkswirtschaftslehre)

Mail: lak-leiter-rentesoziales@julis-bw.de

LAK Steuern & Finanzen

Arbeitskreisleiter: Georg Kania (Student der Betriebswirtschaftslehre) und Vincenz Wissler (Betriebswirt)
Mail: lak-leiter-finanzsteuern@julis-bw.de

LAK Innen & Recht

Arbeitskreisleiterin: Mirjam Aron (Studentin der Rechtswissenschaften)

Mail: lak-leiter-innenrecht@julis-bw.de

LAK Technik & neue Medien

Arbeitskreisleiter: Moritz Klammler (Student der Informatik)

Mail: lak-leiter-digital@julis-bw.de

LAK Verkehr & Mobilität

Arbeitskreisleiter: Felix Schnurr (Cost Engineer)

Mail: lak-leiter-verkehrmobilitaet@julis-bw.de

Und Singen für Europa!

Schminken für Europa!

Bei der traditionellen Dreikönigskundgebung der JuLis vor der Staatsoper war diesmal das Medieninteresse besonders groß

„Europa ist unsere Zukunft – sonst haben wir keine!“, diesem oft zitierten Ausspruch Hans-Dietrich Genschers stimmen wohl viele Liberale zu. Doch während die Briten allerdings aus Brüssel flüchten, in den Regierungen Polens und Ungarns die freiheitlichen Werte Europas in Vergessenheit geraten, andernorts auf der Welt neue Mauern gebaut werden sollen und auch in Deutschland der Ruf nach nationaler Abschottung lauter wird, sieht es nicht gut aus für die Zukunft der Europäischen Union.

Aber Populisten und Nationalisten wollen die wenigsten JuLis das Feld überlassen. Viele von ihnen haben sich deshalb auf den Weg nach Stuttgart gemacht, um ihre Stimme für Europa zu erheben. Im dortigen Opernhaus fand am 6. Januar 2018 nach alter Manier das Dreikönigstreffen der FDP statt, und auch für die Jungen Liberalen ist unsere eigene JuLi-Kundgebung mittlerweile zur Tradition geworden.

Schon am frühen Morgen um 9 Uhr begannen die Vorbereitungen. Ein paar künstlerisch sehr begabte Freiwillige begannen, den ersten übrigen Frühaufstehern die Flaggen der EU-Mitgliedstaaten ins Gesicht zu zaubern. Bald lockte dieser Anblick nicht nur interessierte Passanten, sondern auch die ersten Kameras und Tonangeln an.

Gleich darauf wurden die nächsten Kartons ausgepackt: “Make Europe great again” — so waren die Mützen bestickt, die uns die Friedrich-Naumann-Stiftung zur Verfügung gestellt hat — ein klares Bekenntnis für Weltoffenheit und gegen Abschottung. Als Nächstes waren die Europaflaggen dran, die sich alle geschminkten Teilnehmer umhängten. Das Thema der Kundgebung war nun längst nicht mehr zu übersehen.

Pünktlich um 10 Uhr ging es los: Unser Landesvorsitzende Valentin schritt nach vorn und gab den Takt an. „Freude, schöner Götterfunken“, stimmten nicht nur die Flaggenträger, sondern alle Umstehenden, zur Melodie der Europahymne an. Danach ging Konstantin, unser Bundesvorsitzende, nach vorn und ergriff das Wort. Er verteidigte die europäische Wertegemeinschaft mit klaren Worten: „Deutschland hat seinen Platz in Europa, und wir lassen uns das nicht von Populisten kaputtmachen!“ Auch Nadja Hirsch, Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament, richtete einige Worte an die Zuhörer. Sie betonte, dass die FDP eine Europapartei sei, die maßgeblich in der EU Verantwortung übernehme. Zum Abschluss wurde dann noch einmal angestimmt: Voller Inbrunst und Überzeugung sangen die JuLis ein zweites Mal die Europahymne, was später am Tag auch in der Tagesschau zu hören war.

Nach der Aktion ging der Ansturm auf die besten Plätze im Opernhaus los, denn kurz darauf begann die FDP dort ihre Kundgebung. Stimmen für Europa waren auch dort zu hören. „Toll, dass ihr Flagge zeigt für ein weltoffenes Europa“, hieß es etwa vom FDP-Landesvorsitzenden Michael Theurer, „wenn es die europäische Integration nicht gäbe, dann müssten wir sie erfinden.“ Da können wir nur zustimmen.

Marvin Ruder ist stellvertretender Vorsitzender der JuLis BW für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

73. Landeskongress

3.-4. März in Heidelberg

Liebe JuLis,

zum 73. Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg und unserem Workshop-Tag lade ich euch herzlich ein.

Wann? **3.-4. März 2018**
Wo? **Gesellschaftshaus Heidelberg-Pfaffengrund**
Schwalbenweg 1/2
69123 Heidelberg

Anmelden könnt ihr euch bald auf unserer Website unter www.julis-bw.de. Ich freue mich auf euch!

Beste Grüße,
Euer Landesvorsitzender Valentin

Workshoptag & Neumitgliederseminar

Am 3. März finden vormittags **von 10-13 Uhr** verschiedene Workshops statt! Auch dieses Mal wird wieder eine große Bandbreite an Themen vertreten sein. Die Workshops werden geleitet von den LAK-Leitern, es wird dabei um die Antragsvorbereitung und die Erstellung von Änderungsanträgen gehen.
Die Workshops finden im **„Haus am Harbigweg" (Harbigweg 5, 69124 Heidelberg)** statt. Zeitgleich findet im selben Gebäude ein **Neumitgliederseminar** statt. Alle Neumitglieder sind hierzu herzlich eingeladen, die JuLis und ihre Strukturen noch besser kennenzulernen.

eLaVo

Der erweiterte Landesvorstand tagt am Vorabend des LaKos am **Freitag, den 2. März um 20 Uhr,** wie der Landeskongress im **Gesellschaftshaus Heidelberg-Pfaffengrund**. Die Sitzungen des erweiterten Landesvorstand sind mitgliederoffen, du bist also herzlich eingeladen zu kommen!

Tagesordnung

Samstag
Check-in ab 10 Uhr

13 Uhr Beginn des Kongresses
TOP 1 Eröffnung und Begrüßung durch den Landesvorsitzenden
TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
TOP 3 Bericht der Wahlprüfungskomission
TOP 4 Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollanten und der Zählkommission
TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung
TOP 6 Festlegung der Antragsreihenfolge
TOP 7 Grußworte
TOP 8 Satzungsänderungsanträge
TOP 9 Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden
TOP 10 Rechenschaftsbericht der stellvertretenden Vorsitzenden für Finanzen
TOP 11 Rechenschaftsbericht der Ombudsperson
TOP 12 Bericht der Kassenprüfer
TOP 13 Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 9 – 12
TOP 14 Entlastung des Landesvorstandes
TOP 15 Wahl des Landesvorstandes
TOP 16 Wahl einer Ombudsperson
TOP 17 Wahl der Kassenprüfer
TOP 18 Wahlen zum Landesschiedsgericht
TOP 19 Wahl der Wahlprüfungskomission
TOP 20 Antragsberatung

Unterbrechung des Kongresses gegen 18:30 Uhr.

Sonntag

Fortsetzung des Kongresses ab 10 Uhr.

TOP 21 Fortsetzung der Antragsberatung
TOP 22 Termine und Ankündigungen
TOP 23 Sonstiges
TOP 24 Schlusswort des/der neuen Landesvorsitzenden

Sachanträge sind bis zum Freitag, den 9. Februar 2018 um 23:59 Uhr unter julisbw.de/antraege einzureichen.

junge liberale
Baden-Württemberg